

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Übernahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 3 Mk., durch unsere Anzeigen getragen in der Stadt monatlich 3.50 Mk., auf dem Lande 3.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Kundenzettel nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Vertriebspreis 1.50 Mk. für die 6 getrennten Kopypunkte oder deren Raum, Restlohn, die 2 halbtägigen Kopypunkte 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getrennten Kopypunkte 4.50 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Bezugsannahme die vermittelnde Stelle. Für die Nichtlieferung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rücktritt ist möglich, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rottens gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 271

Sonntag den 20. November 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Wahl von zwei Wasseramtsmitgliedern und deren Stellvertretern.

Mit Ablauf dieses Jahres endet die 6jährige Amtsdauer der durch die Mitglieder der nach § 65 des Wassergesetzes bestehenden Unterhaltungsvereine zu wählenden 2 Mitglieder des Wasseramtes sowie deren Stellvertreter. Die vorzunehmende Neuwahl wird auf

**Sonabend den 10. Dezember 1921 vorm. 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Meißen anberaumt.**

Wählbar sind Gemeindeglieder bzw. Besitzer selbständiger Güter, die im Bezirke — einschließlich der Städte Lommatzsch, Rossen und Wilsdruff, jedoch mit Ausschluß der Stadt Meißen — ihren Wohnsitz haben.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der im amts-hauptmannschaftlichen Bezirke bestehenden Unterhaltungsvereine (mit Ausnahme derjenigen für die Elbe). Das Wahlrecht kann nur persönlich, für juristische Personen und solche Personen, die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind, durch einen gesetzlichen Vertreter, für jede beteiligte Staatsverwaltung durch deren Leiter oder einen von der zuständigen Behörde bestimmten Bevollmächtigten und für Miteigentümer eines Grundstücks oder einer Anlage durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen aus ihrer Mitte ausgeht werden.

Weibliche Personen sind berechtigt, sich durch einen mit schriftlicher versehenen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die Wahl hat durch Stimmzettel zu erfolgen, die mit dem Namen der beiden als Mitglieder und der als Stellvertreter zu Wählenden zu versehen sind.

Niemand kann im Bezirke das Wahlrecht mehrfach ausüben.

Meißen, am 17. November 1921. Nr. 120 XV. Die Amtshauptmannschaft.

Das Gesamtministerium hat Gewährung einer weiteren einmaligen Beihilfe an bedürftiger Arbeiter-Rentenempfänger beschlossen. Anträge sind bis spätestens den 1. Dezember 1921 im Verwaltungsgebäude (Zimmer 14) zu stellen.

Wilsdruff, am 18. November 1921. Der Stadtrat.

Das Finanzamt weist hiermit ausdrücklich darauf hin, daß die Erledigung aller Geschäfte an Amtsstelle im Verkehr mit dem Publikum nur an den Vormittagsstunden stattfinden kann. Eine Erledigung in den Nachmittagsstunden ist wegen der dringlichen Arbeiten für die Einkommensteueranmeldung nicht mehr möglich.

Rossen, am 18. November 1921. Nr. 1782 A I. Das Finanzamt.

Ueber die Zulassung der Vorschläge zur Stadtverordnetenwahl und ihre Verbindungen wird Montag den 21. November 1921 vormittags 1/2 9 Uhr vom Wahl-ausschuß in öffentlicher Sitzung im Stadtverordnetensaal (Rathaus 1 Treppe) Entscheidung getroffen.

Wilsdruff, am 17. November 1921. Der Wahlkommissar. Dr. Kronfeld.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Am Steueranschuß des Reichstages gab ein Regierungsbekanntmachung eine Übersicht über die Reichssteuern, nach der die steuerliche Belastung in England und Frankreich weit geringer ist als in Deutschland.

\* Die Verhandlungen über die Kredithilfe der Industrie wurden in der Zentralarbeitsgemeinschaft wieder aufgenommen.

\* Der Zentralverband der Angestellten verlangt wegen der fortschreitenden Geldentwertung eine sofortige Wänderung des Einkommensteuergesetzes.

\* General Koller besteht auf der „Umstellung“ der Deutschen Werke.

\* L'ondeur erklärte, der Wiederaufbau Nordfrankreichs werde wenigstens sechs Jahre in Anspruch nehmen.

\* Am 19. November beginnt in Riga eine Eisenbahnkonferenz zwischen Deutschland und den baltischen Staaten.

\* Die Vereinigten Staaten und Japan haben ein endgültiges Abkommen über die früher deutsche Insel Yap (Karolinen) geschlossen.

\* Japan forderte in Washington die Beibehaltung von 60 Prozent seines Flottenbestandes.

### Wintergefahren.

Den Bemühungen der Vaterlandsfreunde aus allen Parteien zum Trost stehen sich die innerpolitischen Gegensätze von Woche zu Woche, ja man muß leider sagen von Tag zu Tag mehr und mehr zu. In Berlin ist schon die erste Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung, in der das Präsidium zu wählen war, aufgefallen. Die bürgerlichen Parteien wählten mit 115 Stimmen den volksparteilichen Kammergerichtsrat Dr. Caspari zum Vorsitzenden gegen den Mehrheitssozialdemokraten Franz Krüger, der 74 Stimmen erhielt. Daraus erklärten sämtliche sozialistischen Parteien, sich nun an der weiteren Besetzung des Bureau nicht beteiligen zu wollen und machten durch ihre Entzifferung die Versammlung beschlußunfähig. Die Mehrheitssozialdemokratie, der Krüger angehört, verliert über die meisten Sitze im Stadtverordnetenkollegium.

In Dresden, in Leipzig haben die Wahlen zur Stadtverwaltung genau zwei gleich starke Parteienlisten links und rechts ergeben, und im sächsischen Landtag ist ein Misstrauensvotum gegen die Hauptträger des rein sozialistischen Kabinetts gerade mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Wenn aber so Entscheidungen und Regierungsmöglichkeiten auf des Messers Schneide stehen, so muß es allenfalls zu erbitterten Machtkämpfen kommen, und von einer Abrüstung des Parteigeistes, die uns mindestens ebenso dringend nötig wie die Abrüstung, um die jetzt in Washington verhandelt und gefeilt wird, kann auf lange Zeit hinaus nicht die Rede sein.

Katastrophenpolitik könnten unter solchen Umständen allenfalls noch in weiterer Schärfung und Häufung von Streitigkeiten einen Ausweg finden. Man denkt an Reichstagsauflösung — als wenn davon eine Besserung oder auch nur eine Änderung der bestehenden Zustände zu erhoffen wäre. Andere Leute, die instand sind, über ihre eigene Rasenspitze hinauszusehen, denken vor allen Dingen an die auswärtigen Gefahren, die sich immer drohender über ihrem Haupte zusammenziehen, und fragen: was soll werden? So der Reichstagspräsident Lohse, der in diesen Tagen auf einer sozialdemokratischen Parteiveranstaltung in Mittelsachsen sich recht trübe über unsere allgemeine Lage ausdrückte. Er gab zu,

daß die Gesamtentwicklung im Reich eine Stärkung der bürgerlichen Parteien und vor allem ihrer nationalistischen Tendenzen zeige. Er erblickt darin eine Folge der Beschränkung durch die Verpflichtungen an das Ausland, durch feindselige Entscheidungen gegen Deutschland wie das Wiener Diktat über Oberschlesien, und durch Maßnahmen wie die des Generals Koller gegen die „Deutschen Werke“, die den nationalen Willen bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft hineingetragen. Wenn wir allensfalls noch die nächste Reparationsrate am 15. Januar mit schärfter Anspannung aller Möglichkeiten vielleicht noch bezahlen könnten, eine weitere Rate werde nicht mehr zu bezahlen sein — und was dann? Zahlungsausschuß oder Finanzkontrolle — eine dritte Möglichkeit gäbe es nicht. Finanzkontrolle aber bedeutet, daß die Gehälter und die Zahl der einzustellenden und zu entlassenden Beamten von einer ausländischen Kommission bestimmt würden, die auch die Steuern, ihre Art und Höhe regeln und selbstverständlich auch vor zwangsweisen Zugriffen in das Privatvermögen nicht zurückstehen würde. Wir geraten damit unter den Druck des ausländischen Kapitals, während wir uns jetzt der Übermacht des inländischen Kapitals zu erwehren suchen. Aber auch im Falle eines Zahlungsausschusses würden Sicherheitsleistungen an öffentlichem und privatem Eigentum gefordert werden. Mit den vorliegenden Steuereinstwürfen sei diesen Gefahren gegenüber nichts getan, denn ein Tag deutscher Geldentwertung koste uns mehr, als sechs solche Steuerentwürfe zusammen einbringen können. Aberhaupt sei er der Meinung, daß die Sozialdemokratie den vorliegenden Steuerentwürfen ihre Zustimmung nicht geben solle, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die sogenannten Geld- und Sachwerte erfolge. Vielleicht bedeute diese Forderung soviel wie Reichstagsauflösung, doch könne dem deutschen Volke diese Entscheidung nicht erpart bleiben.

Man sieht: Ein Bild grau in grau, wie das Wetter in diesen Novembertagen, die auf herrliche Sommer- und Herbstmonate gefolgt sind. Das einzige, was uns bleibt, ist die Hoffnung, daß auch diese Novembertage wieder einmal, wenn auch erst in ferner Zeit, weichen und wieder hellerem Wetter Platz machen werden.

### Zum alten Eisen?

Die Abrüstungsberatungen in Washington.

Den bis jetzt am weitesten gehenden Radikalvorschlag zur Abrüstung hat in Washington ein Amerikaner gemacht. Der amerikanische Stahlkönig Henry Ford, der als Pazifist bekannt ist, kündigt an, er sei bereit, die gesamte Weltkriegsflotte zu Alteisenspreisen zu kaufen. Er will das enorme Material an Kriegsgeschützen zu Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen umbauen. Dieser Vorschlag wird viel bespöttelt, von den Eisenmagnaten aber angeblich ganz ernst genommen.

Was wird daraus werden? — Vorläufig befaßt man sich mit bescheideneren Projekten, vor allem damit, was — später einmal geschehen soll. So will man die Abrüstungsfragen der Landarmeen erst auf einer Konferenz im nächsten Jahre besprechen. Dagegen soll sich an die jetzigen Beratungen in Washington vielleicht sofort eine Konferenz zur Wiederherstellung der Wärfungen anschließen. Von Einzelheiten ist noch hervorzuheben, daß Japan die Beibehaltung von 60 Prozent seines Flottenbestandes fordert und daß Vriand sich energisch gegen eine Verminderung der französischen Armee aussprechen will. — Wie reimt sich das mit dem „alten Eisen“ zusammen?

### Was sollen die Steuern bringen?

1583 Mark Gesamtlösen für jeden Deutschen. Während die Volkversammlung des Reichstages eine vierzehntägige Pause in ihren Beratungen eintreten läßt, hat der Steuerauschuß jetzt seine große Aufgabe der Beratung des neuen Steuerprogramms in Angriff genommen. In der nächsten Woche wird der Reichstagsrat in diesem Kreise eine grundlegende Rede halten. Zunächst wurde dem Ausschuss ein Entwurf über den Gesamtplan gegeben, der im Entwurf schon vor längerer Zeit veröffentlicht wurde. Alle Steuern zusammen sollen

ein Gesamtergebnis von 95 Milliarden pro Jahr erbringen, das bedeutet eine jährliche Belastung von 1583,80 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Das Steuerbudget setzt sich aus über 40 Einzelentwürfen zusammen, von denen folgende die ertragreichsten sind:

Umsatzsteuer	24 000 000 000
Einkommensteuer	23 000 000 000
Rohlensteuer	10 150 000 000
Reichsmotopfer	8 000 000 000
Pöbe	4 700 000 000
Körperschaftsteuer	4 000 000 000
Zabaksteuer	3 500 000 000
Die verschiedenen Abgaben vom Vermögenszuwachs nebst Kriegsabgaben	3 000 000 000
Kapitalverkehrssteuern	2 200 000 000
Aus der Branntweinverwertung	1 748 000 000

Alle andern Steuern haben Erträge von geringerer Höhe bis zu 10 Millionen bei der Spielartensteuer herab. Die künftigen Belastungen des Besitzes würden nach den Regierungsvorlagen rund 52½ Milliarden Mark betragen, das sind 51,1 Prozent der Gesamtbelastung, die Verbrauchsbelastung durch Besteuerung einzelner Genussmittel 6,8 Prozent, die Besteuerung des übrigen Verbrauches 42,1 Prozent der Gesamtbelastung.

### Die Gläubiger drängen.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 18. November.

Die Reparationskommission, die vor kurzer Zeit nach Berlin kam, um hier „Studien“ über die deutsche Zahlungsfähigkeit zu machen, rückt allmählich wieder zur Heimreise, ohne daß über ihre Arbeiten und ihre in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der deutschen Regierung viel zu hören gewesen wäre. Das ist auch sehr erklärlich, denn diese ganze Reise war im wesentlichen ein Scheinmanöver, welches den Herren in Paris nur einen neuen Vorwand verschaffen sollte, nun mit verstärktem Nachdruck bei uns auf strikte Innehaltung unserer Zahlungsverpflichtungen zu drängen. Wie man hört, wird die Kommission in Berlin gar keine weiteren Äußerungen von sich geben, sondern in Paris ihre Einträge zu Beschlüssen austreten lassen. Der Erfolg der „Studien“ aber ist dem Vernehmen nach selbstverständlich der, daß Deutschland sehr wohl in der Lage sei, ohne Herabsetzung oder Hinausschiebung seiner übernommenen Ratenzahlungen den Vorschriften des Londoner Ultimatus unverkürzt nachzukommen.

Dieses Studienergebnis der Reise fand natürlich schon vor Antritt der Deutschlandfahrt fest, aber es macht sich gut, wenn man den vorgeschafften Standpunkt durch Erfindungen an Ort und Stelle erhärtet. Viel Studien sind dazu gar nicht nötig, eher hinderlich. Die deutsche Regierung hat also bis zum 15. Januar die 500 Millionen Goldmark zu leisten, wovon am 15. November 45 Millio-